

„Die brauchen eine Revolution“

Ein schwarz-grünes Aktionsbündnis hat die Hoechst AG, den größten deutschen Chemiekonzern, in die Zange genommen. Nach einer beispiellosen Pannenserie drohen

die Umweltminister in Bonn und Wiesbaden der Weltfirma Hoechst mit Betriebsschließungen, Banken fordern den Rücktritt von Vorstandschef Wolfgang Hilger.

Im Haus von Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) meldete sich am ersten April-Wochenende ein aufgebrachter Anrufer. Wortreich bezichtigte er Bonns obersten Umweltschützer des Rufmordes.

Am Telefon war Wolfgang Hilger, 63, Vorstandsvorsitzender von Deutschlands größtem Chemiekonzern, der Hoechst AG. Grund des Anrufs: Wenige Stunden zuvor hatten sich, am Samstag nachmittag, der Christdemokrat Töpfer und sein hessischer Amtskollege, der Grüne Joscha Fischer, getroffen, um über den Problemfall Hoechst zu konferieren.

Einmütig wie nie zuvor versprachen die beiden hinterher vor laufenden Kameras weitreichende Konsequenzen – Folge der beispiellosen Serie von Störfällen, die sich seit Ende Februar bei dem Frankfurter Weltkonzern ereignet hat.

Fischer forderte „einen wirklichen Neuanfang“ in den Führungsetagen des Unternehmens. Amtskollege Töpfer sekundierte, möglicherweise müsse sich demnächst bei Hoechst „der eine oder andere“ überlegen, ob er persönliche Konsequenzen ziehe.

Zum Äußersten entschlossen zeigte sich das ungleiche Duo, nachdem tags zuvor eine Wolke mit stark ätzender Schwefelsäure einem Hoechst-Betrieb entwichen war. Nun bestehe Anlaß, so Fischer Schulter an Schulter mit Töpfer, „die Zuverlässigkeit der Betreiber“ zu überprüfen.

Unschwer zu erraten, wen das schwarz-grüne Aktionsbündnis im Visier hatte: Hoechst-Chef Hilger.

Der promovierte Chemiker, den *Bild* wegen seiner Haltung während der Störfälle „Professor Drückeberger“ titulierte, gerät zunehmend unter Druck.



Hoechst-Vorstandschef Hilger: Distanz zum Falken

Nicht nur, daß ihn Umweltpolitiker jeder Couleur attackieren. Auch in den eigenen Reihen wird der Falke aus Frankfurt mehr und mehr als Belastung empfunden.

„Was die jetzt brauchen“, sagt der leitende Manager eines konkurrierenden Chemie-Konzerns mit Blick auf Hoechst, „ist eine Palastrevolution.“ Die Gelegenheit könnte sich bald ergeben, etwa bei der für Ende des Monats anberaumten Jahreshauptversammlung des Unternehmens.

Viele Anteilseigner beobachten mit Sorge, in welchem Tempo Hoechst sein Ansehen ruiniert und zugleich das der Branche ramponiert hat. Für die Zusammenkunft am 27. April kündigte die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (Präsident FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff) letzte Woche bereits ihren Widerstand gegen den

Hoechst-Vorstand an (siehe Seite 20).

Auch in deutschen Bankhäusern und Versicherungen herrscht zunehmend Unmut. In vertraulichen Gesprächen hat Hessens Ministerpräsident Hans Eichel (SPD) in den letzten Tagen versucht, die Stimmung unter den Aufsichtsräten auszuloten. Fazit: „Die haben das Problem erkannt.“

Möglich, daß Hilger nun früher, als ihm lieb ist, zum Rücktritt gedrängt wird – weil ihn die eigenen Freunde fallenlassen. Vorsichtig gehen hochrangige Mitglieder des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) seit Wochen auf Abstand zu ihrem derzeitigen Präsidenten.

Ob die Spitzenleute in den Frankfurter Finanzzirkeln, ob Hoechst-Arbeiter in den stauigen Fabrikhallen des Konzerns – kaum einer traut dem Mann mit den stets zusammengekniffenen Mundwin-

keln noch zu, daß er instande ist, den Weltkonzern aus dem selbstverschuldeten Image-Tief herauszuholen.

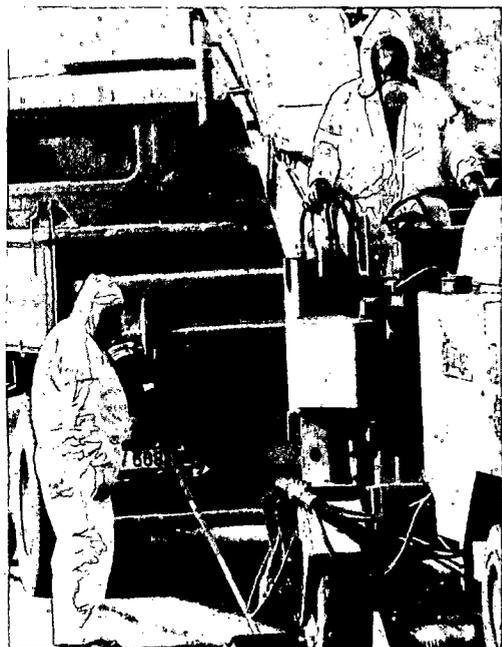
Binnen sechs Wochen haben sich bei Hoechst 13 teils schwerwiegende Unfälle ereignet. Zuletzt war im Frankfurter Hauptwerk ein Glasrohr mit Oleum, einer ganz besonders konzentrierten Schwefelsäure, geplatzt. Ein stark ätzendes Gasgemisch setzte sich in Richtung Main ab – nur durch die Umsicht der Feuerwehrleute wurde eine Katastrophe mit zahlreichen Verletzten verhindert.

Als Hoechst-Chef Hilger den Schaden besichtigte, wirkte er bleich und abgepannt. Die Belegschaftsmitglieder sahen einen einsamen Alten, der mit niemandem sprach.

Derweil bereitete sein Widersacher Fischer den Generalangriff vor. Nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz



Explodierte Methanol-Anlage in Höchst



Reinigungsarbeiten in Griesheim

dürfen die behördlichen Umweltkontrollure in einem Industriebetrieb sowohl die Organisationsabläufe als auch die handelnden Personen, vom Hilfsarbeiter bis zum Vorstandschef, gründlich durchleuchten.

Die Voraussetzung für einen solchen Eingriff ist im Fall Hoechst erfüllt: Nach Ansicht des Wiesbadener Ministeriums besteht ein „begründeter Anfangsverdacht“, daß es den Verantwortlichen an der nötigen „Zuverlässigkeit“ beim Betrieb ihrer Industrieanlagen mangle – ein äußerst schwerwiegender Vorwurf.

In der Bundesrepublik wurde der Verdacht bislang nur ein einziges Mal von Behördenvertretern ausgesprochen: gegenüber den skandalumwitterten, mittlerweile teilweise aufgelösten Hanauer Atombetrieben, die durch schlimme Schlampereien mit radioaktivem Material in den achtziger Jahren bundesweit Aufsehen erregt hatten.

Die jetzt anlaufende Organisationsüberprüfung bei Hoechst wird vermutlich vier Monate in Anspruch nehmen. Betraut wurde mit der Inspektion derselbe Gutachter, der seinerzeit die Hanauer Skandalbetriebe durchleuchtet hatte.

Allein schon in die Nähe des Hanauer Atomumpfes gerückt zu werden bedeutet für den Weltkonzern eine schwere Schmach. Hessens Umweltminister aber will noch einen Schritt weitergehen: Beim nächsten schweren Störfall, drohte er dem Hoechst-Management an, seinen „weitgehende Stilllegungen“ in dem Chemiewerk wohl „nicht mehr vermeidbar“.

Im Klartext: Dann würden nicht nur die betroffenen Anlagen dichtgemacht, sondern auch Werksbetriebe „mit vergleichbaren Technologien“ vorsorglich gestoppt. Derlei weitreichende Maßnahmen gegenüber einem Großbetrieb zu verhängen hat sich bisher noch keine Öko-Behörde in der Bundesrepublik erlaubt.



Störfälle im Hoechst-Konzern, Umweltschützer Töpfer, Fischer*: Zum Äußersten entschlossen



Oleum-Unfall in Höchst

Als der Grüne Fischer Anfang der Woche drei nach Wiesbaden gebetenen Vorstandsmitgliedern der Hoechst AG die Verfügung erläuterte, reagierten die Konzernherren nur „wie die begossenen Pudel“ (*Süddeutsche Zeitung*). Den Managern blieb nichts übrig, als die Anordnungen hinzunehmen.

Denn anders als in Sachen Atom, wo der kernkraftfreundliche Bonner Umweltminister seinen Wiesbadener Kollegen stets zu bremsen sucht, arbeiten Töpfer und Fischer im Fall Hoechst Hand in Hand. Beide haben mittlerweile ernste Zweifel an der Sicherheitsphilosophie des Konzerns.

Dazu besteht Anlaß. Denn nach den Analysen von behördlichen Störfallexperten weisen die vier schwersten Vor-

* Am 3. April in Frankfurt.

fälle aus der Hoechst Pannerei Reihe erschreckende Parallelen auf.

Von der gelben Giftwolke, die am 22. Februar aus dem Griesheimer Werk austrat, über die Emission von Xylol am 12. März in Wiesbaden, die Explosion eines Methanol-Behälters am 15. März im Höchst Hauptwerk bis hin zur Freisetzung der Schwefelsäure am vorvergangenen Freitag – stets zeigten sich ähnliche Problemmuster. Die Vorfälle ereigneten sich zu-

- ▷ in älteren Betriebsteilen, in die in den vergangenen Jahren vergleichsweise wenig investiert worden ist,
- ▷ als Folge von Bedienungsfehlern, die auf mangelnde Schulung des Personals deuten, und
- ▷ in Zusammenhang mit Reparatur- und Wartungsarbeiten an Rührkesseln oder Rohrleitungen, die trotz laufender Produktion vorgenommen wurden.

Pannen gab es mehrfach auch im Unfallmanagement. So berichten amtliche Kontrolleure, nach der Explosion des Methanol-Behälters habe in dem Betrieb „ein regelrechtes Chaos“ geherrscht: „Alle rannten aufgeschreckt herum, keiner war da, der koordinieren konnte.“

Bei der Oleum-Freisetzung wiederum verging kostbare Zeit, weil sich die Arbeiter zunächst Schutzanzüge besorgen mußten – die lagen in einem anderen Stockwerk.

Außerdem wurde versäumt, die Forschungsabteilung, die in Windrichtung am anderen Main-Ufer sitzt, von dem Unglück zu benachrichtigen: Über die Klimaanlage wurde den Kollegen das gefährliche Gas in die Laborräume geblasen.

Schon beim ersten Störfall in Griesheim war es zu ähnlichen Pannen gekommen. Während durch das nahe gelegene Wohngebiet bereits Reinigungs-trupps in Schutzanzügen streiften,

Hausdächer schrubbten und verseuchte Erde abtrugen, wurde – von der Öffentlichkeit unbemerkt – drinnen einfach weitermalocht.

Noch Tage später seien im Werk Reste der gelben Soße „von der Decke getropft“, berichtet Hoechst-Betriebsrat Manfred Schauland, 59, der in der Nachbaranlage arbeitet. Treppen und Fußböden seien mit dem giftigen Zeug bedeckt gewesen: „Wir mußten regelrecht durch die Anlage gleiten.“

Erst aufgrund massiver Beschwerden und emporschnellender Krankmeldungen sei die Werkshalle schließlich, nach etwa einer Woche, gereinigt worden – wie üblich „bei laufendem Betrieb“, so Schauland, und von der Belegschaft selber. Die verseuchte Anlage von Fremdfirmen reinigen zu lassen habe der Produktionsleiter abgelehnt. Schauland: „Er meinte, das wäre zu kostspielig.“

Kostenerwägungen rangieren nach Beobachtungen behördlicher Arbeits-

„Sie müssen handeln!“

Ein Aktionärsverein attackiert den Hoechst-Vorstand

Kritiker tauchen in den Hauptversammlungen der chemischen Industrie häufig auf. Sie warnen vor den Gefahren und geißen die Umweltschäden, die diese Unternehmen verursachen. Von den übrigen Aktionären, deren Interesse steigenden Kursen und hohen Dividenden gilt, werden solche Störenfriede in der Regel ausgepfiffen.

Doch nun hat ausgerechnet ein Verein solch konservativer Kleinaktionäre, die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), für die Hauptversammlung des Hoechst-Konzerns am 27. April Opposition angemeldet.

Der Verein will die Einzelentlastung aller elf Vorstandsmitglieder durchsetzen und den Verantwortlichen für die Unfallserie „die Entlastung versagen“.

Es ist nicht die Sorge um das Gemeinwohl, die den Verein bewegt. Die Vorkommnisse, heißt es in der Begründung, hätten „auch den Aktionären der Hoechst AG schwer geschadet und den Gegnern des Chemiestandortes Deutschland neue Nahrung gegeben“.

Solche Gegenanträge müssen laut Gesetz Banken und Aktionären vor der Hauptversammlung zugeschickt werden. Hoechst erfüllte diese Auflage – allerdings, sagt der Geschäftsführer der Schutzvereinigung, Peter



Aktionärslobbyist Staab
„Affront von Hoechst“

Staab, „völlig ungenügend“. Der Antrag wurde nur „verstümmelt“ gedruckt, ärgert sich Staab, und zudem mit zwei anderen Gegenanträgen, ausgerechnet von grünen Umweltschützern, zusammen publiziert.

Bislang wurden Anträge der Schutzvereinigung immer anstandslos publiziert. Ihre Vertreter – etwa der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff oder der Aktienrechtler Marcus Lutter – pflegen mit den Unternehmensführern guten Kontakt, sie sitzen in

diversen Aufsichtsräten, etwa bei der Hoechst-Konkurrenz BASF oder der Mercedes-Holding.

Doch nach dem „Affront von Hoechst“, so Staab, wandte sich der Verein direkt ans Aktionärsvolk. In großen Anzeigen warb die DSW in der Tagespresse für ihren Antrag: „Sie müssen handeln. Stimmen Sie ab!“

Ein Teilerfolg auf der Aktionärsversammlung ist der DSW gewiß. Die Einzelabstimmung über jedes Vorstandsmitglied ist ab 40 000 Ja-Stimmen vorgeschrieben, und die sind dem Verein sicher.

Unsicher ist, ob Vorstandschef Wolfgang Hilger oder einem seiner Kollegen die Gesellschaft verwehrt wird. Das geht nur mit Mehrheit der anwesenden Aktionäre. Knapp 25 Prozent des Hoechst-Kapitals liegen bei den Kuwaitis, über weitere 10 Prozent verfügt die Dresdner Bank.

Die DSW sammelt nun Anhänger; selbst US-Investoren, die schätzungsweise 15 Prozent der Aktien halten, werden angeschrieben. Der Grund: Die Amerikaner sind bekannt dafür, mit Managern, die versagt haben, hart ins Gericht zu gehen.

Kernkraft in Frankreich

Kernkraftwerke stehen in Frankreich an der Spitze der Stromversorgung: 56 Blöcke liefern rund 75 Prozent des gesamten Strombedarfs. Ein Jahr des Fortschritts in der Anlagensicherheit war 1992 für Jean-Yves Tanguy, Generalinspektor für nukleare Sicherheit im staatlichen, französischen Energieversorgungsbetrieb Electricité de France (EDF). Tanguy erklärte in seinem Jahresbericht, im vergangenen Jahr habe die EDF lediglich drei Zwischenfälle in französischen Reaktoren registriert, die auf der sechsstufigen Skala mit zwei bewertet wurden. Der Generalinspektor berichtete, Frankreich engagiere sich auch für die Verbesserung der Reaktorsicherheit in osteuropäischen Kernkraftanlagen, wie zum Beispiel in Bulgarien.

Fragen zur Kernenergie beantwortet Ihnen gern der:

Informationskreis Kernenergie
Heussallee 10 · 5300 Bonn 1
02 28/50 72 13



Nachfolge-Kandidat Dormann: Favorit der Banken

schützer in der Hoechst AG häufig vor Sicherheitsgesichtspunkten. „Da können die Sicherheitsbeauftragten empfehlen und empfehlen“, meint Gerd Albracht, für den Arbeitsschutz zuständiger Abteilungsleiter im hessischen Sozialministerium, „als Produktionsfaktor gelten die Sicherheitsanforderungen nicht.“

Sicherheitsaspekte hatten offenbar auch kaum eine Rolle gespielt, als der Hoechst-Konzern vor einigen Jahren eine weltweite Umstrukturierung einleitete. Dabei wurden einzelne Geschäftsteile in sogenannten Business-Units neu zusammengefaßt, Verantwortlichkeiten abgespalten und neue finanzielle Zielvorgaben formuliert.

In dem Umstellungsprozeß, der von massiven Personaleinsparungen begleitet wurde, sehen Insider heute einen der Gründe, warum es zu der plötzlichen Häufung von Betriebspannen kam. „In solchen Übergangsphasen“, erklärt ein Chemiemanager, „kommen Sicherheits- und Umweltfragen leicht ins Hintertreffen“ – dies zumal, da Hoechst-Chef Hilger auf eine Modernisierung der Sicherheitslogistik offenbar wenig Wert legte.

In öffentlichen Erklärungen läßt der Konzernchef zwar gern auf seine rund 900 hausintern verpflichteten Sicherheitsexperten verweisen. Doch die hätten, moniert Albracht, anders als in anderen Chemiekonzernen, „viel zu wenig Entscheidungskompetenz“ – nicht nur in den unteren Rängen, auch in der Konzernspitze.

So hätte beispielsweise, berichten Chemieverantwortliche, der in der Unternehmensführung für Sicherheit zuständige Hoechst-Vorstand, Karl Ho-

loubek, „gern mehr gemacht“. Und auch den Werksbeauftragten für Sicherheit, Christian Jochum, rechnen Chemikerkollegen nicht zum „Lager der Öko-Stalinsten“. Beide aber seien von oben gebremst worden.

Daß nun ausgerechnet Holoubek und Jochum vom hessischen Umweltminister für die Sicherheitsmängel gerügt wurden und Fischer dem Konzern im Falle Holoubek gar die Ablösung nahelegte, hat dazu beigetragen, den Ärger in der Branche auf den Hauptverantwortlichen zu lenken: Vorstandschef Hilger.

Schon werden Nachfolgekandidaten diskutiert. So ist der für den Pharmabereich zuständige Hoechst-Vorstandsmann Karl-Gerhard Seifert, 46, im Gespräch. Hoffnungen werden auch auf Utz-Hellmuth Felcht, 46, gesetzt, der, als Zuständiger für Technische Kunststoffe, erst kürzlich in den Vorstand des Konzerns aufrückte.

Als eindeutiger Favorit aber gilt das für Finanzen zuständige Vorstandsmitglied, Jürgen Dormann, 53. Dem studierten Volkswirt, der vom Sachbearbeiter bis zum Spitzenmanager bereits eine Vielzahl von Positionen bei Hoechst bekleidet hat, wird in der Branche noch am ehesten die Kraft für einen Neuanfang zugetraut. Von den jüngsten Skandalen ist Dormann bislang unbelastet.

Vor allem: Er genießt das Vertrauen der Banken.

Den derzeitigen Vorstandschef, dem nächstes Jahr sowieso der Ruhestand winkt, haben viele Banker schon aufgegeben. Ein Frankfurter Finanzmann letzte Woche: „Hilger wird gehen müssen.“